

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 14.

Dienstag, 17. Januar 1933, abends.

86. Jahra.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitragender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Stelle Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krise oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Zum 18. Januar.

Nicht die eigne Schwach uns fänden
Zoll dein heller Morgenstein —
Nährer aus den tiefsten Gründen
Deutscher Not soll er uns sein!
Nahmen soll dein Sonnenstimmer
Unter ganzes Vaterland,
Dah das deutsche Volk noch immer
Nur durch Einigkeit auferstand!

Dah wir nicht im Bruderkreite
Je bezwingen unsre Macht,
Dah nur Einigkeit im Reide
Wieder frei und stark uns macht,
Dah der Weg aus unsrer Lage
Trübsal dann nur aufwärts weist
Wenn des heiligen Blutes Sprache
Uns zum Heil zusammenweist.

Wenn von einem Ziel getrieben,
Unter ganzes Volk erwacht,
Wenn die Seelen nur ein Lieben
In dem Vaterland erkant,
Wenn zum letzten Opferbringen
Jeder von uns tatbereit,
Dann, doch dann erst wird sich ringen
Worgernot aus dunkler Zeit!

Nicht uns richten und verdammen
Sollst du, doch mit behrer Macht
Kräftigungskürmen gleich durchflammen
Unter Volk in seiner Nacht!
Känder aus den ewigen Höhen
Toter Helden sollst du sein,
Dah ein einzig Volk nur gehen
Kann aus Nacht zum Morgenstein!

Felix Leo Gökert.

Zwischen heute und morgen.

Es wird abgefritten, daß wir eine Regierungskrise haben. Aber wenn man bedenkt, daß sich von heute zu morgen ein neues Bild zeigt, daß die Gerüchte reif wie Brombeeren sind, daß man alle möglichen Kombinationen umlaufen weiß, daß verhandelt und gehandelt wird, dann wird man sich doch einig sein, daß die jetzigen Tage sehr unentschieden sind und den Charakter jener Tage tragen, da man bewußt eine Regierungskrise durchlebt. Vielleicht ist es richtig, von einer unbewußten Regierungskrise zu sprechen. Jedenfalls rüttelt es an der Regierung und es könnte leicht möglich sein, daß wir eines Tages mit der Nachricht erwachen, die Regierung Schleiher sei zurückgetreten. Es ist bekannt, daß in der Industrie gegen die Regierung Anträge gekommen sind, weil sie zu sozial sei. Und es ist bekannt, daß die Landwirtschaft der Regierung den Kampf angefangen hat. Zwei starke Gegner also, die nur noch in den Parteien Unterstützung suchen. Um diese Parteienunterstützung geht es jetzt. Wie werden sich die Parteien entscheiden, fragt man sich, werden sie eine Wehrheit für die Verlegung des Reichstages bis zum März aufbringen? Die Wahl in Lippe hat neues Mittelkrates aufgegeben. Bisher konnte man annehmen, Hitler werde einen Modus finden, die Entscheidung im Reichstag hinauszuschieben. Nun aber will man wissen, die Wahl in Lippe habe ihn wieder zum Kämpfer gemacht. Jedenfalls wird es auch auf die Verhandlungen ankommen, die er mit dem Reichskanzler führen will. Eines ist jedenfalls zu beachten. Man stellt alle möglichen Kombinationen, wie die neue Regierung — unter Schleiher selbstverständlich — gedacht ist. Dabei wird ganz übersehen, ob der Reichspräsident zu einer Umbildung der Regierung überhaupt Reigung hat.

Aus allen Gerüchten, tatsächlichen Vorgängen, also aus den Verhandlungen, von denen man weiß, ist folgendes Recht zu ziehen: Herr v. Schleicher will eine breite Regierungsbasis, also eine Stützung durch Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum. Die Deutsche Volkspartei acht an sich mit. Er verhandelt darüber. Das Zentrum hat die Unterstützung zugesagt, die Deutschnation, haben einige Schwierigkeiten gemacht, würden sich aber in den Reigen finden, die Nationalsozialisten stehen noch aus. Auf sie kommt es an. Wird vor dem Reichsterrat keine endgültige Entscheidung getroffen, und wird der Reichstag einberufen, so ist die Ministeramtskündigung gegen die Regierung so gut wie sicher und damit die Auflösung des Reichstages. In einer Verlegung des Reichstages durch den Reichsterrat bis zum März jedoch könnte Schleicher für sich eine Ver- trauensgrundlage sehen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Uebereilt ist es, und das wird erst am amtlich erklärt, der Regierung, das heißt also dem Kanzler, bereits feste Absichten unterzuschreiben. Noch ist nicht entschieden, was nach der Verlegung des Reichstages geschehen soll. Denn in diesem Falle hätte es der Reichskanzler eigentlich nicht so eilig, die Regierung umzubilden und neue Unruhe hervorzurufen. Genau genommen, dreht sich vieles im Kreise, ein Wenn und Aber läuft um, und die übliche Gerüchtemacherei, es gibt Klüffelsprache und es gibt auch Antrianten genug, die ihren Weisen blähen

Neuwahlen oder nicht?

* Berlin. Die Weiterentwicklung der innerpolitischen Lage hängt nach wie vor von der Haltung der Nationalsozialisten ab, deren Führer Adolf Hitler am Montag auf der Gauleitertagung der NSDAP, allerdings eine ziemlich eindeutige Kampfpapole ausgegeben hat. Die Möglichkeiten einer Verhandlung Schleiher-Hitler schwinden damit immer mehr. Trotz der durch den Wahlausgang in Lippe entstandenen Stimmung behaupten sich aber Gerüchte, die von einer bevorstehenden Umbildung der Reichsregierung wissen wollen. Es würde sich dabei, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, nicht um eine sog. kleine Umbildung handeln, unter der man etwa den Eintritt einer einzelnen Persönlichkeit ins Kabinett verstehen könnte, sondern um eine große Umbildung auf der Grundlage der „nationalen Notgemeinschaft“. Allerdings scheint es noch völlig offen, wie diese „nationale Notgemeinschaft“ konkret verwirklicht werden sollte. Der Name Gregor Straker ist am Montag wieder in den Hintergrund getreten. Jedemfalls behauptet man in untrüben Kreisen, daß der Plan der Schaffung einer Wizekanzlerschaft fallen gelassen worden sei. Im Gegensatz zu früheren Erwartungen wird Gregor Straker in den nächsten Tagen auch nicht nach Berlin kommen; er scheint auch nicht zu beabsichtigen, auf die Erfahrungen Görings, der einem nationalsozialistischen Blatt zufolge an Hand früherer Meinungen Strakers diesen gegen Schleicher festgelegt haben soll, zu antworten. Wenn die NSDAP glaubte, aufzuliegen zu können, daß eine Entscheidung der NSDAP über den Fall Straker“ unmittelbar bevorstehe, so ist in dieser Hinsicht wenigstens bisher gleichfalls nichts erfolgt. Danach scheinen, auch was den Fall Straker“ betrifft, die Möglichkeiten nach allen Richtungen hin noch offen.

Parlamentarisch liegt die Entscheidung über die Weiterentwicklung der innerpolitischen Lage gleichfalls bei den Nationalsozialisten. Sollten sie sich in der Sitzung des Reichsterrats am Freitag für eine längere Verlegung des Reichstages — vielleicht bis März — aussprechen, so würde die Reichsregierung darin eine Tolerierung erblicken. Stehen jedoch die Zeichen auf Sturm, so wird mit der baldigen Auflösung des Reichstages zu rechnen sein, wobei man

in Kreisen der Regierung der Ansicht ist, daß dann auch sehr bald, zunächst am 19. Februar — spätestens am 26. Februar — gewählt werden müßte.

Die Frage: Neuwahlen oder nicht? wird aber auch zweifellos die gesamte Umbildung der Reichsregierung in personeller Hinsicht beeinflussen. Den Gedankengängen Engenbergs würde es sicher nicht entsprechen, wenn sich die Regierung wiederum von den Zufälligkeiten der Wahlarithmetik abhängig machen würde. Eine für die nächsten Tage erwartete Unterredung zwischen Engenberg und Hitler wird auch hierüber Klarheit schaffen. Das Zentrum wiederum, mit dessen Führer Prälat Knos der Reichskanzler am Montag nachmittag eine eingehende Unter- redung hatte, scheint auf parlamentarischen Lösungen bestehen zu wollen. Bemerkenswert hierfür ist ein scharfer Kommentar des Organs der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“, der für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit der NSDAP, von dem Ziel einer Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren spricht, das auch dann noch bestehen bleibe, und nachdrücklich erklärt, daß Stegerwald nicht in einem Kabinett neben Engenberg sitzen könne, da dies ein Kampfkabinett bedeuten würde.

Andererseits glaubt man in politischen Kreisen allge- mein, daß Neuwahlen nicht nur eine neue Beurteilung und Verpuffung der Ansätze der wirtschaftlichen Erholung zur Folge hätten, sondern unter dem augenblicklichen Wahlstimm ohnehin keine Klärung der innerpolitischen Lage bringen würden.

Jeder Kanzler — ob Schleicher oder ein anderer — würde vor derselben Situation von Neuwahlen stehen, vor der am 18. August v. J. Reichskanzler von Papen stand.

Bemerkenswert erscheint eine Äußerung der „Täglichen Rundschau“, in der es heißt, daß für die Reichspolitik die Zuspitzung der nationalsozialistischen Kampfströmung ein Mißtrauen gegen das Kabinett Schleicher bedeuten würde, das mit der Auflösung des Parlaments beantwortet werden würde. So und wann die Neuwahlen stattfinden würden, würde von der Gestaltung der Verhältnisse im Inneren abhängen.

Entschliebung des Sächsischen Landbundes

* Dresden. Zum Konflikt Reichsregierung — Reichslandbund nahm am Montag nachmittag eine aus dem ganzen Lande stark beachtete Vertreterversammlung des Sächsischen Landbundes folgende Entschliebung an:

„Das Präsidium und der Bundesvorstand des Reichslandbundes haben die Pflicht, Regierung und Öffentlichkeit mit einer Deutlichkeit, die niemanden im Zweifel läßt, zu sagen, wie ungesund und erregt unter dem zunehmenden Druck einer materiellen und seelischen Not die Stimmung auf dem Lande geworden ist. Die Vertreterversammlung des Sächsischen Landbundes billigt deshalb nicht nur die Entschliebung des Reichslandbundes vom 11. Januar, sondern sie begrüßt sie geradezu als eine befreiende Tat, weil in ihr unmissverständlich die verhängnisvolle Tatenlosigkeit der Reichsregierung festgelegt und der unheilvolle Einfluß der Kräfte aufgedeckt wird, die sich bisher jeder national- wirtschaftlichen Maßnahme widersetzt haben.“

Wer im entscheidenden Kampfe um keine Existenz und sein Lebensrecht steht, kann diesen Kampf nicht mit Gleichschub führen. Mag deshalb auch an einzelnen Worten Anstoß nehmen, wer will, und sieht das nicht an! Uns geht es nicht um Worte, sondern um die Tat. Wer an Worten Kritik übt, der beweist damit, daß er die Wahrheit nicht hören und sich durch Verweigerung des entscheidenden Tatbestandes und Hervorhebung nebensächlicher Dinge der sachlichen Stellungnahme entziehen will. Die Vertreter- versammlung vermahnt sich mit aller Entschiedenheit da- gegen, daß der Verband Sächsischer Industrieller den Reichslandbund als ehrenamtliche Bundesvertretung bezeichnet, vor der er den deutschen Bauern in Schutz

nehmen will. Wer glaubt, einen Keil in unsere Bauern- front treiben zu können, der irt sich. Die Front steht und wird um so fester stehen, je energischer und zielbewusster die Wahrung den Kampf um die Erhaltung der deutschen Land- wirtschaft zur Entscheidung bringt. In dieser Front be- findet sich in zuverlässiger Gefolgschaft der sächsische Land- bund, bereit zum letzten Einsatz in dem dem landwirtschaft- lichen Berufsstand aufzunehmenden Kampfe um die Existenz. Dem Herrn Reichspräsidenten spricht die Vertreter- versammlung ehrerbietigen Dank aus für sein alle Zeit verständnisvolles Eintreten für die Landwirtschaft. An ihn richtet sie die Bitte, seinen Tatwillen auf das Reichskabinett zu übertragen.“

Das Telegramm an den Reichspräsidenten

hat folgenden Wortlaut:
„Die Vertreterversammlung des Sächsischen Landbundes dankt dem Herrn Reichspräsidenten für den erneut be- wiesenen Tatwillen, der deutschen Landwirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf zu helfen. Sofortiger unange- schränkter Vollstreckungsbefehl ist unabdingbares Erfordernis, damit unverzüglich von der Reichsregierung einzuleitende agrarpolitische Hilfsmaßnahmen wirksam werden können. Die durch wirtschaftliche und seelische Not verursachte Verzweiflung überschreitet jedes Maß. Die sächsische Landwirt- schaft hat zu bitten. Herr Reichspräsident, das letzte Ver- trauen, daß Sie nach wie vor bereit sind, der Landwirtschaft zu helfen und Ihren hilfswilligen Willen auf die Reichs- regierung zu übertragen.“ Sächsischer Landbund.“

Neunzehnerauschub verlangt

Vor neuen japanischen Vorschlägen

Der Neunzehnerauschub der außerordentlichen Völker- bundsversammlung hat seine Vermittlungsbemühungen im chinesisch-japanischen Konflikt zunächst bis Mittwoch ausge- setzt. In einer offiziellen Verlautbarung heißt es hierüber, die japanische Delegation habe erklärt, daß sie sich mit Tokio über neue Vorschläge in Verbindung gesetzt habe, die eventuell dem Ausschub unterbreitet werden sollten.

Allgemein besteht der Eindruck, daß die Vermittlungs- bemühungen des Völkerbundes im chinesisch-japanischen Kon- flikt so ziemlich auf dem toten Punkt angelangt sind und daß sie wahrscheinlich schon ziemlich bald als ergeb- nislos abgebrochen werden müssen, wenn nicht unerwartet ein Einlenken Japans erfolgt. Man will übrigens wissen, daß seitens Amerika in der letzten Zeit diplomatische Schritte im chinesisch-japanischen Konflikt unternommen worden seien. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin, Botschaf- ter Sackett, ist in Genf einetroffen, um die Entwicklung als Beobachter zu verfolgen.

Volkstretungschub fertig

Veröffentlichung der neuen Verordnung spätestens Mittwoch

Das Reichskabinett hat den Entwurf der Verordnung über den Volkstretungschub soweit fertiggestellt, daß die Verordnung heute dem Reichspräsidenten vorgelegt werden wird. Die Veröffentlichung wird also spätestens am Mittwoch erfolgen. Bei den heute stattfindenden Kabinettsberatungen stehen wirtschaftliche und handelspolitische Fragen im Vor- dergrund, u. a. wird auch die Frage der Bürgerlisten bei Teiung großer Wohnungen, Umbau von Häusern usw. be- handelt werden. Die kommunale Umgestaltung, die durch die Veröffentlichung eines Referentenentwurfes in einem Ber- liner Abendblatt an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist noch nicht spruchreif.